

# AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Januar 2020

## Inhalt

<b>Nachrichten aus den EU-Institutionen</b> .....	<b>1</b>
EU-Kommission: Zwischenbericht der Machbarkeitsstudie zur Kindergarantie.....	1
EU-Kommission: Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission.....	1
EU-Kommission: Konsultation zur Umsetzung des sozialen Europas .....	1
Europäische Kommission: Dialog der Sozialpartner zum Mindestlohn.....	2
EU-Kommission und EU-Parlament: Konferenz zur Zukunft Europas .....	2
EU-Kommission: Prävention und Schutz vor Gewalt am Arbeitsplatz.....	2
EU-Kommission: Mechanismus für einen gerechten Übergang zum nachhaltigen Europa.....	2
Europarat: Strategie 2030 im Jugendbereich .....	3
EU-Kommission: Bedeutung des Datenschutzes bekräftigt.....	3
<b>Nachrichten aus den europäischen Staaten</b> .....	<b>3</b>
Kroatien: Gesetzentwurf zur Erhöhung des Elterngelds.....	3
Tschechische Republik: Erhöhung des Elterngelds.....	3
Dänemark: Mehr Unterstützung für Kinder mit Behinderungen und gefährdete Kinder .....	4
Finnland: Erhöhung der Grundsicherung und des Kindergelds.....	4
Irland: Werkzeugkasten zur Partizipation von SchülerInnen .....	4
Slowenien: Neue Regelungen für Elternzeit und Familienleistungen.....	4
Großbritannien: Mehr Unterstützung für Familien in schwierigen Lebensumständen.....	5
<b>Weitere Nachrichten</b> .....	<b>5</b>
COFACE Families Europe: Zehn Jahre Deinstitutionalisierung in der EU-Politik .....	5
Opening Doors: Lessons Learned and Recommendations to Strengthen Families .....	5
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss: Stellungnahme zur europäischen Säule sozialer Rechte .....	6
Eurochild: Übersicht zum Herbstpaket des Europäischen Semesters.....	6
Europäische Bürgerinitiative für Minderheitenschutz erreicht über eine Million Unterschriften .....	6
Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust .....	6
<b>Berichte und Studien</b> .....	<b>7</b>
OECD: Veröffentlichungen zu Migration und Integrationspolitik.....	7
Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa: Digitale Gewalt gegen Frauen .....	7
<b>Bevorstehende Veranstaltungen</b> .....	<b>7</b>

## Nachrichten aus den EU-Institutionen

### EU-Kommission: Zwischenbericht der Machbarkeitsstudie zur Kindergarantie

Die Europäische Kommission hatte eine Studie zur Prüfung der Umsetzbarkeit für die Pläne der sogenannten EU-Kindergarantie in Auftrag gegeben. Diese war im Jahr 2015 vom Parlament angeregt worden, um Kinderarmut in der EU zu bekämpfen und allen Kindern in der EU Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung, Betreuung und angemessener Wohnsituation sowie Ernährung zu garantieren. Die Studie soll den Status Quo der Umsetzung dieser Ziele in den Mitgliedstaaten und konkrete Ansatzpunkte für künftige Maßnahmen herausarbeiten. Der nun vorgelegte Zwischenbericht kommt zu dem Ergebnis, dass eine Umsetzung der Kindergarantie möglich ist, da die Bedarfe differenziert ermittelt werden könnten. Auf Grundlage dieses Wissens können Instrumente geplant werden, die besonders gefährdete Gruppen von Kindern adressieren. Notwendig dafür sei eine breite politische Unterstützung für diese Ziele auf den verschiedenen Ebenen: Viele der Maßnahmen müssten auf der Ebene der Mitgliedstaaten durchgesetzt werden. Auch EU-Finanzmittel und Programme der EU müssten gezielter dafür eingesetzt werden, die Kinderrechte in ganz Europa durchzusetzen.

- [Zwischenbericht der Machbarkeitsstudie zur Kindergarantie](#) 

### EU-Kommission: Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission



Das Arbeitsprogramm der EU-Kommission ist beschlossen. Darin enthalten sind die geplanten Maßnahmen zur Umsetzung der Ziele, die die neue Kommission 2019 formuliert hatte (vgl. [EuropaNews Juli 2019](#)). Prioritäten sind die Herausforderungen des Klimawandels und der Digitalisierung sowie ihre sozialen Auswirkungen. Die Pläne im Sozialbereich basieren auf der bereits am 14. Januar 2020 veröffentlichten Mitteilung "Ein starkes soziales Europa für einen gerechten Übergang". Ziel soll sein, Verbesserungen der Lebens- und Arbeitswelt der Bürger\*innen zu erreichen.

Dafür soll auf die europäische Säule sozialer Rechte aufgebaut und deren 20 Prinzipien in einem Aktionsplan zusammengefasst werden. Enthalten sind Pläne für die Entwicklung einer Kindergarantie, ein Grünbuch zum Alter sowie ein Report zum demografischen Wandel. Zudem soll in dem Zusammenhang auch eine Langzeitvision von der Entwicklung ländlicher Räume entwickelt werden. Desweiteren soll es in weiteren Themenfeldern wie Digitalisierung und Maßnahmen im Arbeits- und Sozialschutz Verbesserungen geben.

- [Mitteilung: Ein starkes soziales Europa für einen gerechten Übergang](#)

### EU-Kommission: Konsultation zur Umsetzung des sozialen Europas

Die Europäische Kommission hat es sich zum Ziel gesetzt, Entwicklungen wie die Digitalisierung, den demographischen Wandel und die Klimakrise sozial gerecht zu gestalten. Für die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte erarbeitet die Kommission nun einen Aktionsplan, der das Ziel eines sozial gerechten Europas konkret anvisiert und im Jahr 2021 vorliegen soll. Gleichzeitig sind nun BürgerInnen und Organisationen aufgerufen, ihre Vorschläge zur Gestaltung eines sozialen Europas beizutragen. Die Konsultation läuft bis November 2020.

- [ZurKonsultation "Have your say on reinforcing Social Europe"](#) 
- [Die europäische Säule sozialer Rechte](#) 



## Europäische Kommission: Dialog der Sozialpartner zum Mindestlohn

Für das Ziel europaweiter gerechter Mindestlöhne beginnt die erste Phase der Konsultation der Sozialpartner. Gefragt sind dabei Vorschläge, wie ein gerechter Lohn für alle ArbeitnehmerInnen in Europa gestaltet werden kann. Außerdem erhofft sich die Kommission Einschätzungen, ob die Regelung von Mindestlöhnen auf europäischer Ebene für notwendig befunden wird und ob die Sozialpartner die Aushandlung untereinander als erfolgversprechend einschätzt.

- [Erste Phase der Konsultation der Sozialpartner zur Frage gerechter Mindestlöhne in der EU](#) 

## EU-Kommission und EU-Parlament: Konferenz zur Zukunft Europas

Die Europäische Kommission plant, die Bürgerbeteiligung an politischen Prozessen zu fördern. Dazu ist eine zunächst zwei-jährige Konferenz zur Zukunft Europas geplant, die in einem Prozess mit verschiedenen Formen die öffentliche Debatte zu aktuellen politischen Themen fördern soll. Mithilfe der Konferenz soll ein strukturierter und transparenter Austausch von BürgerInnen sowie mit politischen Institutionen und anderen Organisationen ermöglicht werden. Die Konferenz soll in zwei Themenschwerpunkte gegliedert sein: in einem von ihnen werden Anregungen zu europapolitischen Themen und ihrer Priorisierung diskutiert. Der andere Schwerpunkt soll einen Raum bieten, institutionelle Fragen zum Aufbau des politischen Systems zu debattieren. In seiner Position zur Konferenz schlägt das EU-Parlament konkrete Ansätze vor, die BürgerInnen mit Bottom-Up-Ansätzen in die Politikgestaltung einzubeziehen, indem in Bürger- und Jugendforen 200 bis 300 BürgerInnen tagen sollen. Ihre Beschlüsse würden dann durch Vertreter in ein Plenum aus Abgeordneten des Europäischen und der nationalen Parlamente, aus Ratsmitgliedern, Vizepräsidenten der Kommission sowie Vertretern anderer EU-Institutionen und Sozialpartnern übermittelt. Die Konferenz soll am 9. Mai, dem Europatag, offiziell.

- [Hintergründe zur Konferenz zur Zukunft Europas](#)

## EU-Kommission: Prävention und Schutz vor Gewalt am Arbeitsplatz

Die Kommission hat das Ziel, Prävention und Schutz vor Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz zu verbessern und die Ratifizierung des Vertrags der Internationale Arbeitsorganisation (IAO) gegen Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz in den Mitgliedstaaten voranzubringen. Sie fordert die Mitgliedstaaten auf, die Konvention der IAO zu unterzeichnen, damit sie in Kraft treten kann. Sie ist das erste internationale Übereinkommen über Standards für arbeitsbedingte Belästigung und Gewalt. Es berücksichtigt die Auswirkungen von Belästigung und Gewalt am Arbeitsplatz auf die Gleichstellung der Geschlechter und fordert Schutz aller ArbeitnehmerInnen unabhängig von ihrem vertraglichen Status. Die letzte Umfrage der Europäischen Agentur für Grundrechte zum Thema Gewalt an Frauen hatte gezeigt, dass jede zweite Frau in der EU sexuelle Belästigung erfahren hat, von denen 32 Prozent im beruflichen Umfeld stattgefunden haben.

- [Website der ILA zum Übereinkommen](#) 
- [Umfrage der FRA zu Gewalt gegen Frauen](#)

## EU-Kommission: Mechanismus für einen gerechten Übergang zum nachhaltigen Europa

Mit dem Grünen Deal hat die EU-Kommission ihre Pläne für eine klimaneutrale Zukunft Europas vorgestellt. Nun wurde der Mechanismus für einen gerechten Übergang, der den grünen Deal begleiten soll, dem EU-Parlament

vorgelegt. Er soll dazu beitragen, den Übergang zu einem nachhaltigen Wirtschaften und Leben in Europa sozial gerecht zu gestalten. Dazu wird ein Investitionsplan mit verschiedenen Möglichkeiten finanzieller und praktischer Unterstützung geschaffen, für den ein Budget von einer Billion Euro geplant ist. Neben direkter Finanzierung sollen Anreize für private und öffentliche Investitionen in klimaneutrale Projekte geschaffen werden. Die Kommission plant außerdem, Projektträger und Behörden bei der Gestaltung nachhaltiger Projekte zu beraten. Neben der Unterstützung für die gesamte EU durch den Finanzplan bietet der Mechanismus zusätzlich gezielte Finanzhilfen, um die sozioökonomischen Folgen des Strukturwandels in besonders betroffenen Regionen zu mindern. Finanziert werden sollen diese aus dem eigens zu schaffenden Fonds für einen gerechten Übergang, der die vorgesehenen Mittel im EU-Haushalt ergänzen und insgesamt 30 bis 50 Milliarden Euro umfassen soll.

- [Der Mechanismus für einen Übergang](#)

### Europarat: Strategie 2030 im Jugendbereich

Das Ministerkomitee des Europarates hat die neue Strategie 2030 für den Jugendbereich vorgestellt, die den 50 Vertragsstaaten des Europäischen Kulturabkommens für die nächsten zehn Jahre die politischen Leitlinien in diesem Bereich vorgibt. Betont wird darin, dass das gesellschaftliche Engagement junger Menschen für die Entwicklung demokratischer Staaten zentral sei. Die Strategie 2030 will der gesellschaftspolitischen Partizipation daher neu beleben. Ansatzpunkte dafür sind die Förderung demokratischer Teilhabe junger Menschen, die Verbesserung ihrer Kenntnisse zu demokratischen Grundrechten und einem Ausbau der Jugendarbeit.

- [Die Strategie 2030 im Jugendbereich](#) 

### EU-Kommission: Bedeutung des Datenschutzes bekräftigt

Anlässlich des Europäischen Datenschutztages am 28. Januar hat die EU-Kommission die Bedeutung eines wirksamen Datenschutzes bekräftigt. Insbesondere angesichts der neuesten technologischen Entwicklungen sei der starke und stabile Schutz von Daten, um die Gefährdung von BürgerInnen sowie von Demokratien zu vermeiden, von großer Bedeutung. Justizkommissar Revnders kündigte an, Verstöße gegen die Europäische Datenschutzverordnung künftig noch konsequenter zu ahnden.

## Nachrichten aus den europäischen Staaten

---

### Kroatien: Gesetzentwurf zur Erhöhung des Elterngelds

Das kroatische Parlament hat einen Gesetzentwurf beschlossen, nach dem der Höchstsatz für das Elterngeld angehoben wird. Dieser liegt zurzeit bei 120 Prozent der Einkünfte einer Beschäftigung nach Mindestlohn. Künftig wird er 170 Prozent dieses Einkommens betragen. Zudem werden die Zeiträume verkürzt, die ein Elternteil vor der Geburt des Kindes gearbeitet haben muss, um das Elterngeld beantragen zu können.

### Tschechische Republik: Erhöhung des Elterngelds

Auch in Tschechien wird das Elterngeld erhöht – das erste Mal seit zwölf Jahren. Beschlossen ist eine Erhöhung um 80.000 auf 300.000 tschechische Kronen (ca. 11.800 Euro) pro Jahr für Familien mit Kindern unter vier

Jahren. Familien mit mehr als einem Kind unter vier Jahren erhalten 450.000 tschechische Kronen im Jahr. Die Erhöhung kommt allen Familien zugute, die im Jahr 2020 Elterngeld erhalten.

### Dänemark: Mehr Unterstützung für Kinder mit Behinderungen und gefährdete Kinder

In Dänemark wurden die Unterstützungen von Kindern mit Behinderungen und für gefährdete Kinder erhöht. Für Kinder mit Behinderungen wurden fünf neue Initiativen entworfen, die mit insgesamt 90 Millionen dänischen Kronen (ca. 12 Millionen Euro) für den Zeitraum 2020 bis 2023 finanziert sind. Außerdem wurde der „SocialFinance Act“ beschlossen, der verschiedene Maßnahmen für besonders gefährdete Kinder fördern wird. Diese richten sich an Kinder, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, die Probleme mit psychischen und Suchterkrankungen haben oder durch die Verletzung der Schulpflicht aufgefallen sind.

### Finnland: Erhöhung der Grundsicherung und des Kindergelds

Die finnische Regierung hat eine Erhöhung der Grundsicherungsleistungen um monatlich 20 Euro angekündigt. Dabei handelt es sich um eine allgemeine Sozialleistung, die als Rentenleistung, bei Krankheit, in Elternzeit oder als Mindestleistung bei Arbeitslosigkeit bezogen werden kann. Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung, die sich am letzten Gehalt orientieren, werden zudem um ein Prozent angehoben. Außerdem wurde das Kindergeld für kinderreiche Familien erhöht: Für das vierte und jedes folgende Kind einer Familie erhöht sich die Leistung um zehn Euro monatlich. Damit diese Erhöhungen auch Eltern zugutekommen, die Sozialleistungen beziehen, wurde das Kindergeld für diese Familien ebenso erhöht.

### Irland: Werkzeugkasten zur Partizipation von SchülerInnen

Das Ministerium für Kinder und Jugendfragen Irlands hat einen Online-Werkzeugkasten veröffentlicht, der die Partizipation von SchülerInnen an der Gestaltung des Schulalltags unterstützen soll. Das Toolkit mit dem Titel „OurVoicesOur Schools“ richtet sich an LehrerInnen und Verwaltungspersonal von Schulen. Es wurde in Anlehnung an Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention entworfen, der das Recht von Kindern auf Partizipation festschreibt. Im Toolkit enthalten sind Richtlinien für demokratische Abläufe an Schulen, Arbeitsblätter mit Übungen für LehrerInnen und SchülerInnen, wissenschaftliche Artikel und Vorlagen zur Überprüfung und Bewertung bisheriger Prozesse an den Schulen.

### Slowenien: Neue Regelungen für Elternzeit und Familienleistungen

Die slowenische Regierung hat die Gesetze über Elterngeld und Familienleistungen reformiert. Folgende Änderungen gelten seit Beginn des Jahres: Das Kindergeld wurde von 286 Euro auf 350 Euro erhöht. Das Elterngeld wurde auf das für Slowenien festgesetzte Existenzminimum von ca. 400 Euro angehoben. Mütter, die nicht berufstätig sind, erhalten für 18 Monate ein Betreuungsgeld. Arbeiten beide Eltern in Teilzeit, können sie beide Leistungen zum Ausgleich von Lohnausfällen beantragen. Außerdem wurde die gesetzliche Regelung zur Zahlung des Kindergelds an die entsprechende EU-Richtlinie angepasst. Künftig ist die Zahlung nicht mehr ausschließlich an den ständigen Wohnsitz des Elternteils und/oder Kindes gebunden, sondern können auch bei vorübergehendem Aufenthalt in Slowenien geltend gemacht werden.

## Großbritannien: Mehr Unterstützung für Familien in schwierigen Lebensumständen

Die britische Regierung hat die Verlängerung eines Programms zur Unterstützung von Familien in schwierigen Lebensumständen angekündigt. Insgesamt 165 Millionen Pfund sollen in das „Troubled Families Programme“ im Jahr 2021 fließen. Das ursprünglich für den Zeitraum von 2015 bis 2020 geplante Programm wurde wegen der positiven Ergebnisse verlängert. In dem Programm werden komplexe Problemlagen aus Arbeitslosigkeit, Sucht, psychischer Erkrankung, häuslicher Gewalt und Schulproblemen der Kinder im Zusammenhang miteinander beleuchtet. Dabei soll ein starker Fokus auf der Präventionsarbeit liegen, um Schwierigkeiten möglichst schnell erkennen und den Familien helfen zu können. Die Maßnahmen sind auf die Arbeit mit der gesamten Familie ausgerichtet, um Dynamiken und nicht nur Probleme einzelner Familienmitglieder adressieren zu können.

## Weitere Nachrichten

### COFACE Families Europe: Zehn Jahre Deinstitutionalisierung in der EU-Politik

COFACE Families Europe und weitere Organisationen feierten das zehnjährige Jubiläum der Politik der Deinstitutionalisierung für Menschen mit Behinderungen in der EU. Damit wird das Ziel verfolgt, dass Menschen mit Behinderungen selbstbestimmt leben und nur dann in Einrichtungen gepflegt werden, wenn es zwingend notwendig ist. Damit soll Artikel 19 der UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen umgesetzt werden, der das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben festschreibt. Die von COFACE mitbegründete Expertengruppe für den Übergang zur gemeinschaftsbasierten Pflege (EEG) hat anlässlich ihrer Konferenz zum Jubiläum ein Positionspapier veröffentlicht. Darin fordern sie die stärkere Orientierung an diesem Ansatz in der EU-Politik: Dies würde bedeuten, Pflegeformen zu entwickeln, die sich in anderen Lebensformen umsetzen lassen. COFACE verweist bei dieser Gelegenheit auf ihre Richtlinien „S.H.I.F.T.“ zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen, die mit der Social-Media-Kampagne #BeTheSHIFT bekannt gemacht wird (s. [EuropaNews 11/2019](#)).

- [Konferenz "TowardsInclusion"](#) 
- [Joint Statement: Ten Years Towards Inclusion](#)  
- [Zur Kampagne #BetheSHIFT und den S.H.I.F.T. Richtlinien der COFACE](#) 

### Opening Doors: Lessons Learned and Recommendations to Strengthen Families

Die Kampagne Opening Doors hat sich von 2013 bis zum Ende 2019 für eine Politik der Deinstitutionalisierung im Bereich der Pflege von Kindern mit Behinderungen eingesetzt. Mit europäischen und nationalen Organisationen als Partner wurde ein Umdenken im Bereich der Pflege auf den verschiedenen politischen Ebenen angestoßen. Ziel war es, die Möglichkeiten der Pflege in Familien und Gemeinschaften aufzuzeigen und die Bedingungen in den notwendigen institutionellen Pflegeeinrichtungen zu verbessern. Mit der Aufnahme dieser politischen Ziele in die Agenda der EU-Politik und einzelner Mitgliedstaaten wird die Kampagne als erfolgreich beendet. Im Abschlussbericht der Kampagne wird ihre dargestellt, inklusive der Beweggründe, die konkrete Arbeit und die Ergebnisse. Letztlich werden die politischen Fortschritte im Hinblick auf Deinstitutionalisierung aufgeführt. Im Ausblick werden politische Empfehlungen an die EU formuliert. Allen voran wird die Wichtigkeit des Ziels betont, die Trennung von Kindern und ihren Familien zu vermeiden und die Pflege in der Familie zu ermöglichen.

- [Opening Doors: Lessons Learned and Recommendations to Strengthen Families](#)  

## Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss: Stellungnahme zur europäischen Säule sozialer Rechte

Der Europäische Wirtschaftsausschuss hat eine Stellungnahme zur bisherigen Implementierung der europäischen Säule sozialer Rechte veröffentlicht. Darin wird der Stand der Umsetzung in den Bereichen Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang, faire Arbeitsbedingungen und Sozialschutz und soziale Inklusion detailliert dargestellt und bewertet. Außerdem werden Empfehlungen gegeben, wie die umfassende Umsetzung erreicht werden könne. Wichtig sei die Etablierung eines einheitlichen Europäischen Sozialmodells und damit die Angleichung und Koordinierung der Systeme sozialer Sicherung. Die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte müsste außerdem stärker im mehrjährigen Finanzrahmen für die EU Berücksichtigung finden.

- [Stellungnahme des EESC zur europäischen Säule sozialer Rechte](#)

## Eurochild: Übersicht zum Herbstpaket des Europäischen Semesters

Die Europäische Kommission hat zum Ende des Jahres 2019 das sogenannte Herbstpaket des Europäischen Semesters veröffentlicht. Es enthält Richtlinien zur Ausrichtung der Europäischen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik für das folgende Jahr. Eurochild hat dazu eine Übersicht veröffentlicht, die wichtige thematische Schwerpunkte wie den European Green Deal und den Einbezug der Sustainable Development Goals in die wirtschaftspolitische Ausrichtung der EU darstellt. Enthalten ist außerdem eine Übersicht über die nächsten politischen Schritte in den kommenden Monaten. Zudem werden statistische Erhebungen zur Sozialstruktur der EU als Hintergrundwissen zur wirtschaftspolitischen Planung kurz dargestellt und verlinkt.

- [Übersicht zum Herbstpaket des Europäischen Semesters von Eurochild](#)  

## Europäische Bürgerinitiative für Minderheitenschutz erreicht über eine Million Unterschriften

Die Europäische Bürgerinitiative „MinoritySafePack – eine Million Unterschriften für Vielfalt in Europa“ hat es geschafft, dass über eine Million europäische BürgerInnen aus mindestens sieben Mitgliedstaaten sie mit ihrer Unterschrift unterstützt haben. Die Initiative tritt für den Schutz nationaler und sprachlicher Minderheiten ein und möchte damit die kulturelle Vielfalt der EU erhalten. Sie ist nun aufgefordert, ihre Idee bei der EU-Kommission ausführlicher vorzustellen. Anschließend wird eine öffentliche Anhörung im EU-Parlament stattfinden, bei der alle Beteiligten die Gelegenheit haben, ihre Perspektive einzubringen. Die Kommission hat daraufhin sechs Monate Zeit, zu entscheiden, auf welchem Weg die Ziele der Initiative am besten politisch umgesetzt werden können. Die Kommission ist außerdem verpflichtet, ihre Entscheidung für (legislative oder andere) oder gegen Maßnahmen auf europapolitischer Ebene zu begründen. Das Instrument der Europäischen Bürgerinitiative wurde geschaffen, um BürgerInnen eine Möglichkeit zu geben, die Europapolitik direkt mitzugestalten.

- [Die Europäische Bürgerinitiative](#) 

## Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust

Anlässlich der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz wurde am 27. Januar der 75. Gedenktag für die Opfer des Holocaust begangen. Weltweit fanden Gedenkveranstaltungen statt, um an den deutschen Faschismus und seine Opfer zu erinnern. An der Veranstaltung in der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers

Auschwitz nahmen über 200 Überlebende des Holocaust, die Präsidenten Israels, Polens, der Ukraine und Deutschlands sowie des Jüdischen Weltkongresses teil. Überlebende appellierten an die jüngere Generation, die Demokratie zu schützen und Antisemitismus und andere Ideologien der Ungleichheit zu bekämpfen.

## Berichte und Studien

### OECD: Veröffentlichungen zu Migration und Integrationspolitik

Die OECD hat Kurzberichte zur den Themen Arbeitsmigration, irreguläre Migration und Integration veröffentlicht. Sie wurden im Rahmen der Konferenz "Making Migration and Integration Policies Future Ready" vorgestellt, in der die zuständigen MinisterInnen für Migration und Integration aller OECD-Länder und weiterer ausgewählter Staaten zusammenkamen. Thema waren neue Ansätze zur Regelung von Migrationsprozessen, Kooperationsmöglichkeiten in diesem Bereich und Möglichkeiten einer verbesserten Integrationspolitik.

- [OECD Forum Migration 2020](#) 
- [Policy Brief Integrationspolitik](#)  
- [Policy Brief Arbeitsmigration](#)  
- [Policy Brief Irreguläre Migration](#)  

### Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa: Digitale Gewalt gegen Frauen

Die Beobachtungsstelle hat ihren Newsletter für das zweite Halbjahr von 2019 dem Thema Digitale Gewalt gegen Frauen gewidmet. Darin finden sich verschiedene Beiträge zu Formen von Gewalt gegen Frauen im Kontext der Digitalisierung. Der erste Aufsatz behandelt Möglichkeiten zur Bekämpfung von (digitaler) Gewalt an Frauen auf der europäischen Ebene. Ein weiterer Beitrag beleuchtet am Beispiel Österreichs die rechtliche Situation auf nationaler Ebene. In einem Interview mit ExpertInnen zum Thema Stalking aus Dänemark und Deutschland werden Apps gegen Stalking vorgestellt und diskutiert.

- [Zum Download des Newsletters bei der Beobachtungsstelle](#)

## Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
06. Feb 2020 Paris, Frankreich	<a href="#">OECD High-Level Conference on Ending Violence Against Women</a>	OECD
17. Feb 2020 Brüssel, Belgien	<a href="#">Preparatory action for a child guarantee – conference closing the first phase</a>	EU-Kommission
26. Feb 2020	<a href="#">Shaping the EU agenda for disability rights 2020-2030</a>	European Economic



Brüssel, Belgien		and Social Committee
16. März 2020 Brüssel, Belgien	<a href="#">COFACE Work-life balance expert meeting</a>	COFACE Families Europe
01.-05. Apr 2020 Lancashire, Großbritannien	<a href="#">International Child Welfare: Analysing and Reforming Child Protection Systems</a>	UCLAN
04.-07 Mai 2020 Helsinki, Finland	<a href="#">Children first - Designing sustainable early childhood education</a>	Finnish National Agency for Education
11. – 12. Mai 2020 Zagreb, Kroatien	Digital Citizenship	COFACE Families Europe, Step by Step
1. - 4. Sept 2020 Zürich	<a href="#">16. Internationale Konferenz der EUSARF ((European Scientific Association for Residential and Family Care for Children and Adolescents)</a>	EUSARF
29. Sept. 2020 Berlin	Child Guarantee	COFACE Families Europe, AGF
29.-30. Okt 2020	Annual ICCFR Seminar	AGF, ICCFR
25.-27. Nov 2020 Mannheim	<a href="#">European Social Economy Summit 2020</a>	Europ. Kommission, Stadt Mannheim

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und ist in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.